Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/07/2019

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 05.06.2019,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, R. 2 und 3
im Obergeschoss**

Beginn der Sitzung	:	19:05 Uhr
Ende der Sitzung	:	20:44 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Carola Behr

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg	
Herr Eckehard Knoll	
Herr Detlef Levenhagen	i. V. f. Frau Mey
Frau Nadine Levenhagen	
Herr Erik Schrader	außer TOP 7/19:49 Uhr bis 20:19 Uhr
Herr Wolfdietrich Siller	i. V. f. Herrn Gaumann
Herr Dr. Detlef Steuer	

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel	
Herr Oliver Böge	nur TOP 7/19:49 Uhr bis 20:19 Uhr i. V. f. Herrn Schrader
Herr Olaf Falke	
Herr Jan Furken	
Herr Stefan Gertz	

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Michael Stukenberg	
Herr Tim Grammerstorf	Kinder- und Jugendbeirat/ öffentl. Teil
Frau Jule Niehus	Kinder- und Jugendbeirat/ öffentl. Teil

Sonstige, Gäste

Herr Dr. Uwe Heimbürge	NEUE LÜBECKER Norddeutsche Baugenossenschaft eG/Vorstand der NL - als Sachverständiger zu TOP 3

Verwaltung

Herr Peter Kania
Herr Konstantin Niewelt
Herr Stephan Schott
Herr Ulrich Kewersun Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Vorsitz

Herr Andreas Plässer

Stadtverordnete

Herr Uwe Gaumann
Frau Franziska Mey

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Festsetzung der Tagesordnung	
5.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2019 vom 15.05.2019	
6.	Berichte/Mitteilungen der Verwaltung	
6.1.	Berichte gem. § 45 c GO - k e i n e -	
6.2.	Sonstige Berichte/Mitteilungen	
6.2.1.	Zwischenbericht Sperrung Kornkamp	
6.2.2.	Zuwendung aus dem Investitionspaket „Soziale Integration im Quartier“ für das Projekt „Bruno-Bröker-Haus und Freifläche Stormarnplatz“	
7.	Bebauungsplans Nr. 90 „Reeshoop“, 1. Änderung - für das Gebiet südöstlich der Hermann-Löns-Straße in der Tiefe bis zur Mitte des Grünstreifens und in einer Länge von ca. 250 m für die Hausnummern 17 bis 49 (Flur 10, Flurstücke 73 bis 76, 281 und 284) - Aufstellungsbeschluss zum Erhalt und zur Aufstockung der Gebäude	**2019/050**
8.	Ausbau der Bogenstraße von der Brückenstraße bis zu der Firma Brinckmann	**2019/063**
9.	Städtebaulicher Vertrag über die Planungskosten für den B-Plan Nr. 99/„Alte Reitbahn und Adolfstraße 18 und 20“	**2019/061**
10.	Städtebaulicher Vertrag über die Planungskosten für den B-Plan Nr. 100 für den Bereich Bahnhofstraße 15 und 17	**2019/062**
11.	Parkgebühren im Stadtgebiet	**2019/067**

12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

12.1. Gespräch mit Delingsdorf über Nordtangente

12.2. Realisierung der öffentlichen Behindertentoilette

12.3. Halteverbot im Starweg prüfen

12.4. Konzept zur dezentralen Unterbringung von Menschen in Not

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die stellv. Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie nehme die Funktion spontan wahr, da Herr Andreas Plässer als Vorsitzender offensichtlich nicht rechtzeitig zu Beginn der Ausschusssitzung anwesend sein kann.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Peter Elmers spricht drei Themenfelder an:

Hinsichtlich der Empfehlung des BPA aus der Sitzung am 15.05.2019, auf der Freifläche hinter dem Rathaus einen Parkplatz mit ca. 200 Plätzen zu planen und zu realisieren, erinnert er an die seinerzeitige Herstellung als Fußballrasenplatz, der als technisches Bauwerk nach DIN unter anderem nur einen geringen Mutterbodenanteil besitzt und für schonendes Kfz-Parken geeignet erscheint; ein Test könnte eventuell kurzfristig durchgeführt werden an Wochenmarkttagen.

Zum S4-Projekt und der bereits in der letzten Einwohnerfragestunde erwähnten Gefahr, dass beim Bau der Bahnbrücke über den Ostring die dortige Eisenbahnunterführung monatelang voll gesperrt werden muss, betont die Verwaltung, dass man vorab gebeten habe, eine geeignete Umleitung einzuplanen. Die endgültigen Planergebnisse der DB und die späteren Planfeststellungsunterlagen seien derzeit nicht bekannt, könnten aber etwa in der Umweltausschusssitzung am 12.06.2019 bei den eingeladenen DB-Vertretern erfragt werden.

Er erinnert zudem an die seines Erachtens für Buskunden unbefriedigende Erschließung der Siedlung Steinkamp und des Neubaugebietes Buchenweg sowie seine Anregung, die Linie 576 zu einem Ringverkehr umzugestalten unter Einbeziehung der Hermann-Löns-Straße, die in ihrem jetzigen Zustand laut HVV für den Stadtbusverkehr allerdings nicht geeignet sei.

Der Beitrag von **Frau Heide Grube** als betroffene Mieterin im angedachten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 90 - 1. Änderung - (TOP 7) ist als **Anlage** beigefügt. Ihr Mann bittet das Entfallen von Bäumen und Grünanlagen auf den Baugrundstücken zu Gunsten der Kfz-Stellplätze wegen der damit einhergehenden geminderten Wohnqualität zu minimieren und zunächst alle Alternativen auszuschöpfen.

Hierzu betont die Verwaltung, dass auch die erwähnten Beruflichen Schulen des Kreises Stormarn in der Pflicht seien, ihrer Stellplatzverpflichtung nachzukommen, dieses aber erfahrungsgemäß nicht den tatsächlichen Bedarf deckt. Wo die Stellplätze der Neuen Lübecker tatsächlich realisiert werden dürfen, sei im weiteren Bebauungsplanverfahren unter anderem nach einer Bürgerbeteiligung festzulegen.

Herr Dr. Heimbürge, der laut einstimmigen BPA-Beschluss als Sachverständiger gehört werden soll, erklärt für die Grundeigentümerin, dass es darum gehe, acht vorhandene Gebäude aufzustocken und zu modernisieren, anstatt wie ansonsten im Reeshoop-Quartier neu zu errichten. Ziel dieser geänderten Planung soll sein, zwar gegenüber dem derzeitigen Stand etwas erhöhten, aber noch preiswerten Wohnraum anbieten zu können. Die Details der Umsetzung können erst nach einer konkreten Ausarbeitung erfolgen, wenn die Ahrensburger Kommunalpolitik mit einer Stellungnahme zum Konzept eine Richtung vorgegeben habe. Hierzu gehöre auch, mit jeder Mietpartei Lösungsmöglichkeiten und Alternativen für die individuelle Situation zu besprechen.

Frau Schrader regt an, in die weitere Beratung des TOP 7 auch einzubeziehen die Zusammenarbeit zwischen Neuer Lübecker und Berufsschule beim Nachweis von Kfz-Stellplätzen, die Begrünung der auf dem Schulgrundstück angedachten Parkpalette, die Optimierung des öffentlichen Parkraumes und den gegenüber Hamburger Stadtteilen noch akzeptablen Parkdruck.

Anschließend schließt die Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 20.05.2019 vorgeschlagenen Tagesordnung und die angekündigte Empfehlung, zwei Tagesordnungspunkte in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen Einzelner es erfordern.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion meldet zu TOP 7, also dem Bebauungsplan Nr. 90 „Reeshoop“, 1. Änderung, Informationsbedarf an, der erst in der nächsten Fraktionssitzung nachgekommen werden kann. Insofern wird beantragt, diese Angelegenheit zwar zu beraten, eine Entscheidung und damit Abstimmung über den Beschlussvorschlag jedoch auf die nächste BPA-Sitzung zu vertagen. Über diesen Antrag wird nach kurzer Aussprache abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 dafür (CDU, SPD, Grüne, FDP, WAB, Linke)
1 Enthaltung (SPD)

Des Weiteren bittet die antragstellende Fraktion, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Anträge zur „Umsetzung von Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan“ (AN/031/2019) und zu den „Maßnahmen zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes“ (AN/032/2019) zunächst überarbeitet werden sollen.

Letztlich gibt die Verwaltung bekannt, dass keine Einzelbauvorhaben zur Vorstellung anstehen und damit der in der Einladung genannte TOP 15 ersatzlos entfallen kann.

Ohne Aussprache wird anschließend dem entsprechenden Antrag der BPA-Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei dem genannten Tagesordnungspunkt mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt sowie anschließend über die gesamte entsprechend angepasste Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2019 vom 15.05.2019

Im Vorfeld gab es einen Meinungsaustausch zur Protokollierung der Tagesordnungspunkte 7, 7.1 und 7.2 zum Stormarnplatz. Klargestellt wird, dass dem Änderungsantrag AN/030/2019 bewusst ohne Änderungen zugestimmt wurde mit der Folge, dass trotz des Beschlusses zu Vorlagen-Nr. 2018/115/1 keine Vorentscheidung zu Gunsten der Tiefgarage gefallen sei, sondern entsprechend Nr. 4 b dieses Antrages „eine qualifizierte Abwägung der alternativen Tiefgarage, Parkhaus und Parkplatz“ zu erarbeiten ist. Dementsprechend wird das Protokoll hier nicht geändert.
Bei der dritten Abstimmung zu diesem Thema sind jedoch die Fraktionen falsch zugeordnet worden; richtig muss es heißen:

Letztlich kommt man überein, abschließend über den so genannten **Alternativantrag AN/021/2019 zur Vorlagen-Nr. 2018/115/1 – Version 2** zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: **5 dafür (SPD, FDP, Linke)**
8 dagegen (CDU, Grüne, WAB)

Keine weiteren Änderungen. Mit dieser Anpassung gilt das Protokoll als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— ***k e i n e*** —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Zwischenbericht Sperrung Kornkamp

Die Arbeiten am Kreisverkehr gehen gut voran.

Durch die Notwendigkeit, Leitungen für das neue Gewerbegebiet Beimoor Süd umzulegen bzw. neu zu verlegen, konnte ein Baustopp dadurch verhindert werden, dass eine Vollsperrung bestand.
Teilweise war die Leitungslage überraschend. Im Schatten der Vollsperrung für den Kreisverkehr konnten dringend notwendige Unterhaltungsarbeiten durchgeführt werden.

Die Stauungen sind in den Spitzenstunden im Vergleich zu vorher, in der Zeit und Ausdehnung länger geworden.
Ein „Verkehrsinfarkt“ hat sich allerdings noch nicht eingestellt.

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass über den Zeitpunkt der Wiederöffnung der Straße Kornkamp-Süd erst nach der finalen Baubesprechung berichtet werden kann, die in rund drei Wochen stattfindet.

6.2.2. Zuwendung aus dem Investitionspaket „Soziale Integration im Quartier“ für das Projekt „Bruno-Bröker-Haus und Freifläche Stormarnplatz“

Mit Schreiben vom 01.11.2017 hatte das Innenministerium SH den Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ des Bundes und der Länder für die Programmjahre 2017 und 2018 ausgeschrieben. Daraufhin hatte sich die Stadt Ahrensburg mit den Projekten „Bruno-Bröker-Haus und Freifläche Stormarnplatz“ und „Villa Kunterbunt“ um eine Förderung beworben.

Wie das Innenministerium nunmehr durch Erlass vom 27.05.2019 klarstellt, soll das Projekt „Villa Kunterbunt“ im Rahmen des Bundes-Länderprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ gefördert werden und kann daher im Rahmen des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“ nicht berücksichtigt werden.

Dagegen kommt das Projekt „Bruno-Bröker-Haus und Freifläche Stormarnplatz“ für eine Förderung in Betracht. Unter Berücksichtigung einer angenommenen konjunkturell bedingten Ausgabensteigerung und einer Förderquote von bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben wurde für dieses Projekt zunächst ein Betrag bis zu 2.640.000 € vorgesehen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Bundesmitteln in Höhe von 1.980.000 €, Landesmitteln in Höhe von 396.000 € und gemeindlichen Eigenmitteln in Höhe von 264.000 €, wobei die Maßnahmendurchführung in den Jahren 2020 bis 2022 vorgesehen ist.

Die tatsächliche Bewilligung der Bundes- und Landesmittel durch das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration erfolgt nach Vorlage eines qualifizierten Antrags und dessen baufachlicher Prüfung. Um die Vorlage eines qualifizierten Antrags wird gebeten mit dem Ziel, das Bewilligungsverfahren kurzfristig abzuschließen. Um mit dem Teilprojekt „Bruno-Bröker-Haus“ zeitnah beginnen zu können, kann auch die Teilung des Projekts vorgeschlagen werden.

Auf Nachfrage schätzt die Verwaltung ein, dass das Gesamtprojekt zeitnah zu realisieren ist und die Fördermittel für die Freifläche des Stormarnplatzes nicht nach 2021/2022 mehrere Jahre vorgehalten werden können.

2019/050

7. Bebauungsplans Nr. 90 „Reeshoop“, 1. Änderung - für das Gebiet südöstlich der Hermann-Löns-Straße in der Tiefe bis zur Mitte des Grünstreifens und in einer Länge von ca. 250 m für die Hausnummern 17 bis 49 (Flur 10, Flurstücke 73 bis 76, 281 und 284)
- Aufstellungsbeschluss zum Erhalt und zur Aufstockung der Gebäude

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erklärt sich der Stadtverordnete Erik Schrader als Mieter und Genosse der betroffenen Eigentümerin für befangen, er ist daher von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen und verlässt für diese Zeit den Sitzungsraum.

Klargestellt wird, dass die Vertretung das stellv. Bürgerliche Mitglied Oliver Böge wahrnehmen soll, das erstmals im BPA tätig wird und insofern zu verpflichten ist.

Verpflichtung eines Bürgerlichen Mitgliedes des Bau- und Planungsausschusses durch die Vorsitzende

Herr Oliver Böge wird als neues Bürgerliches Mitglied des Bau- und Planungsausschusses begrüßt. Die Vorsitzende verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

Der Sachvortrag wird von der Verwaltung gehalten anhand der dem Protokoll als **Anlage** beigefügten Präsentation. Dabei wird verdeutlicht, dass von der Änderung des B-Planes Nr. 90 nur die acht Gebäude betroffen sind, die auf der Südseite im westlichen Abschnitt der Hermann-Löns-Straße stehen. Während das bestehende Baurecht vom Abriss und Neubau von Geschosswohnungsbauten ausgeht, strebt die Neue Lübecker dort die Sanierung und Aufstockung im Bestand an mit dem Ziel, die Wohnungsmieten zwar zu erhöhen, aber nicht auf die bei Neubauten übliche Höhe.

Durch die Planung können auch die Grünflächen und Bäume gegenüber dem bestehenden Baurecht optimiert erhalten werden; die zwei Stellplatzanlagen auf der Südseite der Hermann-Löns-Straße sind in Abstimmung mit einem Baumsachverständigen zwischen den Gebäuden so angeordnet werden, dass der Eingriff so gering wie möglich ausfällt. Erläutert wird zudem die Situation des öffentlich geförderten Wohnraumes (vgl. Seiten 7 und 8 der Anlage) und das im Rahmen der 1. Änderung des B-Planes Nr. 90 unterbreitete Angebot der Neuen Lübecker bezogen auf 163 WE im Stadtteil Gartenholz, für zehn Jahre einen geringeren Mietpreis zuzusagen.

In der anschließenden Beratung heben Ausschussmitglieder die Wichtigkeit des Angebotes der Neuen Lübecker zum öffentlich geförderten Wohnraum hervor und kritisieren, dass diese für die Entscheidungsgrundlage bedeutenden Daten nicht von vornherein in die Vorlage eingeflossen sind. Festgestellt wird auch, dass die Lage der mietpreisgebundenen WE nichts mit dem Geltungsbereich zu tun hat, sondern zu verstehen ist vor dem gesamtstädtischen Interesse und dem Gebäudebestand der Eigentümerin sowie die bestehenden Wohnungen derzeit weitestgehend vermietet sein dürften.

Erörterungsbedarf wird insbesondere gesehen bei der Realisierung der nachzuweisenden Kfz-Stellplätze. Hier gilt es im weiteren Verfahren Alternativen zu entwickeln, und zwar auch außerhalb des angedachten Geltungsbereiches mit den nördlich der Hermann-Löns-Straße angedachten Parkpaletten zwischen den Hochhäusern und einer Beteiligung an dem geplanten Parkhaus der Kreisberufsschule. Daneben sollte geprüft werden, ob und inwieweit die Anzahl an Parkplätzen in der Hermann-Löns-Straße unter Einbeziehung heute im Eigentum der Neuen Lübecker befindlichen Flächen erhöht werden kann, indem etwa Abstellflächen beidseits in Senkrecht-/Schrägaufstellung hergestellt werden können unter der Voraussetzung, dass eine ausreichend breite Fahrbahn zum Rangieren und zur Abwicklung des (Bus-)Verkehrs verbleibt. Die Idee, ein Einbahnstraßensystem zu entwickeln, beurteilt die Verwaltung eher kritisch.

Nachdem von Ausschussmitgliedern betont worden ist, dass es sich erst um den Aufstellungsbeschluss handelt, das eigentliche Verfahren also noch folgt, und der Schluss der Debatte gefordert wird, vertagt man die Entscheidung auf die BPA-Sitzung am 19.06.2019.

2019/063

8. Ausbau der Bogenstraße von der Brückenstraße bis zu der Firma Brinckmann

Ein Sachvortrag wird nicht für erforderlich gehalten.

Sodann wird über den **Beschlussvorschlag** der Vorlagen-Nr. 2019/063 abgestimmt:

Dem Ausbau der Bogenstraße von der Brückenstraße bis zu der Firma Brinckmann wird grundsätzlich auf Basis des geschilderten Sachverhalts zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2019/061

9. Städtebaulicher Vertrag über die Planungskosten für den B-Plan Nr. 99/„Alte Reitbahn und Adolfstraße 18 und 20“

2019/062

10. Städtebaulicher Vertrag über die Planungskosten für den B-Plan Nr. 100 für den Bereich Bahnhofstraße 15 und 17

Man kommt überein, die beiden ähnlichen Planungskostenverträge zusammen zu beraten.

Zunächst berichtet die Verwaltung auf Nachfrage, dass in den Präambeln ausführlich die Hintergründe und Verfahrensstände geschildert worden sind, damit auch für die Zukunft Klarheit über die so dokumentierten Grundlagen für diese Vertragsabschlüsse besteht. Zwar gebe es Verweise zwischen den beiden Bebauungsplanverfahren Nr. 99 und 100, jedoch keine rechtlich nicht zulässige Bindung.

Des Weiteren äußert ein Ausschussmitglied Bedenken gegen den gleich lautenden § 3 Abs. 2 der beiden Verträge, in denen die Möglichkeit eines Vorhabenträgerwechsels erwähnt und im Regelfall durch die Stadt nicht verhindert werden kann.

Die Verwaltung sagt zu, diesen offensichtlich einem Muster-/Standardvertrag entsprechenden Passus für künftige Fälle zu prüfen, verweist jedoch in den konkreten Fällen darauf, dass

— beim Grundstück Alte Reitbahn die Grundstücksangelegenheit ohnehin noch aussteht und die Stadt Ahrensburg als Eigentümerin damit alle Gestaltungs-/Entscheidungsoptionen besitzt und

— beim Grundstück Bahnhofstr. 17 im Rahmen des Planungskostenvertrages nicht von der Stadt gefordert werden kann, dass der langjährige Eigentümer während des Bauleitplanprozesses gehindert wird, ein Grundstücksgeschäft zu tätigen.

Sodann erfolgen die Entscheidungen

a) über den **Beschlussvorschlag** der Alten Reitbahn bzw. Vorlagen-Nr. 2019/061

Abstimmungsergebnis: **8 dafür (CDU, Grüne, WAB)**
4 dagegen (SPD, FDP, Linke)

b) über den **Beschlussvorschlag** Bahnhofstraße bzw. Vorlagen-Nr. 2019/062

Abstimmungsergebnis: **9 dafür (CDU, Grüne, WAB, FDP)**
3 dagegen (SPD, Linke)

11. Parkgebühren im Stadtgebiet

In Bezug auf die oben auf Seite 2 der Vorlage erwähnten Parkplätze im Umfeld des Lindenhof-Grundstücks empfiehlt die Verwaltung, diese einzelnen Parkplätze weiterhin anzubieten für die Geschosswohnungen ohne Kfz-Stellplatz. Ob diese tatsächlich von diesen Anliegern genutzt werden können, sollte im Auge behalten und gegebenenfalls Gegenstand des Parkraumkonzeptes werden.

Die P+R-Anlagen Alter Lokschuppen und Ladestraße seien im Gegensatz zu diesen Parkplätzen maßgeblich gefördert worden und unterliegen einer Zweckbindung für Pendler, auch wenn derzeit weder eine Zufahrtskontrolle durchgeführt noch ein Nutzungsentgelt erhoben wird (vgl. BPA-Protokoll Nr. 06/2019 über die Sitzung am 15.05.2019; TOP 6.2.2).

Erinnert wird ferner an das ausstehende Verkehrs- und Parkleitkonzept. Hinterfragt wird in dem Zusammenhang, ob die maximale Parkzeit von drei Stunden künftig für Straßen in der Ahrensburger Innenstadt aufrechterhalten oder zu Gunsten eines erhöhten Umschlages nicht besser reduziert werden sollte mit dem Ziel, längere Parkzeiten über Parkhäuser, Tiefgaragen oder Großparkplätze abzuwickeln.

Letztlich kommt man aber überein, diese Aspekte später zu betrachten und den nun im Rahmen der 2. Änderung der Stadtverordnung vorgeschlagenen Anpassungen zuzustimmen. Dementsprechend wird über den **Beschlussvorschlag** wie folgt entschieden.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

12.1. Gespräch mit Delingsdorf über Nordtangente

In Bezug auf die im nicht öffentlichen Teil des Hauptausschusses am 20.05.2019 angesprochene und offensichtlich in den Zuständigkeitsbereich des BPA fallende Angelegenheit teilt die Verwaltung mit, dass es kürzlich seit längerer Zeit ein erstes Treffen mit Vertretern der Gemeinde Delingsdorf/des Amtes Bargteheide-Land zum Thema Nordtangente gab, die aufgezeigten Lösungsansätze sollen nunmehr abgestimmt und erst anschließend voraussichtlich in 14 Tagen im BPA bekannt gegeben werden.

12.2. Realisierung der öffentlichen Behindertentoilette

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich, wann die Behindertentoilette in der Großen Straße aufgestellt wird, nachdem sie während des Stadtfestes 2019 leider den Besuchern nicht zur Verfügung steht.
Wie die Verwaltung hierzu informiert, sei dieses Thema bereits im Umweltausschuss angesprochen worden. Die Beschaffung und Aufstellung der öffentlichen Toilettenanlage verzögert sich wegen personellen Problemen.

12.3. Halteverbot im Starweg prüfen

Wie ein Ausschussmitglied berichtet, werde im Starweg zwischen Hagener Allee und Ahrensfelder Weg verstärkt in Bereichen geparkt, auf denen sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Bushaltestelle befindet. Dieses führe dazu, dass bei haltenden Bussen der Verkehrsfluss zum Erliegen kommt. Gebeten wird die Verkehrsaufsicht zu prüfen, ob dort nicht Halteverbote angeordnet werden können.

12.4. Konzept zur dezentralen Unterbringung von Menschen in Not

Wie ein Sitzungsteilnehmer erinnert, sind derzeit rund 60 Familien in Ahrensburg nicht in normalen Wohnungen, sondern meist in zentralen Behelfsunterkünften untergebracht. Dieses gelte sowohl für das Grundstück der Johanniskirche in der Rudolf-Kinau-Straße als auch für die Containeranlage im nördlichen Kornkamp. Dem gelte es, durch ein Konzept zur dezentralen Unterbringung dieser Menschen entgegenzuwirken, eventuell durch den Erwerb von Grundstücken. In diesem Zusammenhang wird verwiesen auf den Antrag AN/023/2019 zur Freiziehung der Wohncontainer-Anlage am Kornkamp, der im zuständigen Sozialausschuss beraten wird.

gez. Carola Behr
Vorsitzende

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer